Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 4. Februar 1887. Nr. 57.

Preußische Klassen-Lotterie.

(Ohne Gewähr.)

Berlin, 3. Februar. Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4. Klasse 175. königl. preußischer Klassen-Lotterie fielen in der Vormittags-Ziehung:

1 Gewinn von 10,000 Mark auf Nr. 54102.

2 Gewinne von 5000 Mark auf Nr. 31263 64171.

32 Gewinne von 3000 Mark auf Nr. 404 2090 23482 26548 34182 35959 38015 40561 51092 51098 55616 56448 61741 65098 66389 67475 68146 73474 90048 91074 96097 111564 120563 120794 126510 137816 152600 152980 153843 154111 169560 173981.

35 Gewinne von 1500 Mark auf Nr. 4088 18837 30137 36579 37044 38740 40670 51632 54998 55805 57215 60837 65665 68590 68862 69040 72289 72385 72706 80657 93781 102385 107642 111559 118843 123491 126647 127815 132051 134165 138659 148019 170779 172152 185785.

38 Gewinne von 500 Mark auf Nr. 10732 17692 21057 24279 25029 26551 35358 38054 38205 39349 45660 47422 59793 69613 71824 72642 72740 74924 80960 83493 86588 91170 93815 100750 101431 107952 108755 109642 116896 119188 126388 138726 146954 155811 166865 174036 177347 184061.

Deutschland.

Berlin, 3. Februar. Der Kaiser hatte gestern Abend der Vorstellung im Opernhause beigewohnt. Nach dem Schluß derselben war im königlichen Palais eine kleinere Theegesellschaft. Heute Vormittag nahm der Kaiser im Beisein des Gouverneurs und des Kommandanten die persönlichen Meldungen des kommandirenden Generals des 7. Armeekorps, von Witzendorff, des Kommandeurs der 3. Division, Generallieutenants von Strempel, ferner der Kommandeure der 5. und der 43. Infanterie-Brigade, Generalmajors von Schaumann und von Baczko, sowie des Inspekteurs der Jäger und Schützen, Generalmajors von Arnim, des zur Dienstleistung bei der Admiralität kommandirten Generalmajors Petersen und mehrerer anderer hoher Militärs entgegen. Demnächst hörte der Kaiser den Vortrag des Grafen Perponcher, ertheilte dem Kriegsminister eine Audienz und arbeitete Mittags längere Zeit mit dem General von Albedyll. — Das Diner nahmen die Majestäten heute allein ein und gedenken alsdann am Abend das Ballfest im königlichen Schlosse zu besuchen. — Gestern Abend hatten auch noch der Kronprinz und die Kronprinzessin im Palais einen längeren Besuch abgestattet.

— Der Kronprinz nahm heute mehrere Vorträge und militärische Meldungen entgegen. — Die Kronprinzessin begab sich heute Nachmittag zum Besuche beim Prinzen und der Prinzessin Wilhelm nach Potsdam.

— Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorberathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsgenossenschaften auf Grund des Reichsgesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirthschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, bestätigte heute in zweiter Lesung die Beschlüsse zweiter Lesung. Nur zu dem neulich neu eingefügten Artikel 11a wurde auf Antrag des Abg. Eberty folgendes neues Alinea einstimmig angenommen: „In denjenigen Gemeinden, die einen Kreis für sich bilden, wird der Vertreter aus der Zahl der Gemeindeangehörigen der unter dieses Gesetz fallenden Unternehmer oder Vertreter durch die Gemeindebehörden gewählt.“

— Der Erlaß des Pferde-Ausfuhr-Verbotes durch einen Staat pflegt erfahrungsmäßig andere Staaten zur Nachfolge zu bringen. Heute wird bereits von Rußland der Erlaß einer bezüglichen Maßregel gemeldet.

Petersburg, 3. Februar. Ein kaiserlicher Erlaß untersagt bis auf Weiteres die Pferdeausfuhr über die europäische und die transkaukasische Grenze.

Der Pferdebestand Deutschlands dürfte eben noch genügen, um den Bedürfnissen des Heeres entsprechen zu können, Frankreich stehe in der Höhe des Pferdebestandes Deutschland nach, Deutschland wie Frankreich sind importirende Länder für Pferde. Dagegen sind Oesterreich und noch mehr Rußland Länder, die einen Ueberschuß von Pferden über das eigene Bedürfniß hinaus produziren und demgemäß einen großen Pfordeexport haben. Die Gesichtspunkte, welche beim Erlaß der Pferdeausfuhrverbote in den einzelnen Staaten sich als maßgebend erweisen, sind daher trotz der Gleichartigkeit der Maßregel offenbar verschieden. Welche Gründe für das russische Verbot ausschlaggebend waren, muß zunächst dahingestellt bleiben.

— Nach der Statistik der Reichstagswahlen von A. Frieß war die Stärke der Parteien im deutschen Reichstage während der einzelnen Legislaturperioden folgende. Es erhielten Sitze durch die Wahlen:

	1871	1874	1877	1878	1881	1884
die Konservativen	57	22	40	59	50	78
„ Reichspartei	37	33	38	57	28	28
„ Liberalen	30	3	13	10	1	1
„ Nationalliberalen	125	155	128	99	46	50
„ Sezessionisten	—	—	—	—	47	—
„ Fortschrittspartei	46	49	35	26	59	—
„ Deutschfreisinnigen	—	—	—	—	—	67
das Zentrum	63	91	93	94	100	99
die Polen	13	14	14	14	18	16
„ Sozialdemokraten	2	9	12	9	12	24
„ Volkspartei	1	1	4	3	9	7
„ Welfen	5	4	4	10	10	11
„ Partikularisten bezw. Autonomisten	2	—	5	4	—	—
„ Elsässer	—	15	10	11	15	15
„ Dänen	1	1	1	1	2	1

Aus vorstehender Uebersicht ist das Anwachsen bezw. Abnehmen der einzelnen politischen Parteien in den verschiedenen Legislaturperioden mit Genauigkeit zu ersehen. Es wurden im Jahre 1871 382 und in den übrigen Jahren 397 Reichstagsabgeordnete gewählt.

— Der „Standard“, ein dem Ministerium Salisbury nahestehendes Organ, bespricht heute die Stellung Englands im Falle eines europäischen Krieges und meint, wenn Rußland vor oder nach dem Ausbruche eines offenen Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich vorrücke, um die Balkan-Halbinsel zu erobern und Konstantinopel zu besetzen, könne England nicht den theilnahmlosen Zuschauer spielen. Niemand verdiene den Namen eines Staatsmannes, der nicht anerkenne, daß mächtige, England nahe berührende Fragen in den gegenwärtigen Streitigkeiten ihrer Lösung entgegenreifen. Kein noch so glänzender Redner werde das Volk überzeugen können, daß jetzt der Augenblick gekommen sei, die Rüstung abzulegen, weil es thöricht sei, für die Beibehaltung derselben neue Steuern zu zahlen. Mehr als thöricht würde es sein, wenn England mit gekreuzten Armen dastände, während sich Europa auf das schlimmste vorbereite.

Es ist im höchsten Grade wahrscheinlich, daß ein europäischer Krieg über das künftige Schicksal Egyptens mitbestimmen müßte. Zieht England nach dem Vorschlage Lord Churchill's sich definitiv aus der europäischen Politik zurück, so hört jeder Grund auf mit ihm überhaupt zu rechnen. Danach müßte sich denn auch die Stellung der europäischen Mächte Egypten gegenüber bestimmen. Was speziell Frankreich anbelangt, so ist die Sendung des Herrn Herbette nach Berlin von dem Gedanken eingegeben gewesen, um den Preis der Unterstützung der französischen Politik in Egypten das Verhältniß zwischen Frankreich und Deutschland auf bessere Grundlagen zu stellen. Die Gestaltung der Dinge in England und Frankreich hat bekanntlich jener Mission die Spitze abgebrochen; aber die Logik der Dinge könnte in irgend einer Phase der Entwickelung doch wieder auf einen Gedanken zurückzuführen. Jedenfalls hätte, wenn England seine Stellung im Orient freiwillig räumt, es keine Berechtigung zur Klage, wenn alle anderen Mächte die selbstverständlichen Konsequenzen daraus zögen. Der „Standard“ versichert nun, daß es keineswegs die Absicht Englands sei, mit gekreuzten Armen der Entscheidung der Geschicke des Welttheils zuzusehen. Es ist schwer zu beurtheilen, wie weit der „Standard“ die Politik des Ministeriums oder die öffentliche Meinung Großbritanniens vertritt. Nur so viel erhellt namentlich aus den offiziösen russischen Stimmen, daß diese bereits aufhören, mit England in Fragen der Orientpolitik überhaupt zu rechnen.

Aus Westpreußen, 2. Februar. Die Ansiedelungs-Kommission hat nun auch im Strasburger Kreise ihre Thätigkeit entwickelt. Zwei größere polnische Güter, Niewierz 450 Hektar und Bodrowo 950 Hektar, sind bereits erworben und zwar für 269,500 M. und 600,000 M.

Ausland.

Rom, 2. Februar. Die Schlappe, welche die italienischen Truppen bei Massauah erlitten, hat, wie vorauszusehen war, in ganz Italien eine ungeheure Aufregung hervorgerufen. In der Kammer wurde gestern der Ministerpräsident Depretis, der sehr niedergedrückt schien, mit großem Lärm empfangen, so daß der Präsident den Gallerien Ruhe anbefehlen mußte. Die Diskussion über den Massauah-Kredit wurde auf morgen vertagt. Der Kriegsminister verweigerte es auf Bacarinis Interpellation, die Zahl der Mannschaften der aufgeriebenen Kompagnien anzugeben, weil dies „vorerst inopportun“ sei. Vor der Kammer war eine ungeheure Menge versammelt, die gegen die anfahrenden Minister demonstrirte. Das Parlamentsgebäude und die Gallerien waren von Bersaglieri besetzt. Ueber die Niederlage verlautet heute bestimmt, es seien vier, nicht blos drei Kompagnien Regulärer unter Oberstlieutenant Christofori aufgerieben, zwei Kanonen, zwei Mitrailleusen und viele Gewehre verloren. Die Abessynier verloren 5000 Mann. Der Kampf dauerte 8 Stunden. Zwei Schiffe mit Truppen gingen heute von Neapel ab. Man befürchtet, daß Massauah ohne Wasser sein werde, wenn Moncullo von den Abessyniern besetzt wird. Die öffentliche Stimmung klagt Frankreich der Aufhetzung des Negus an. Deshalb ist man auf der französischen Botschaft sehr verstimmt. Man erfährt von dorther authentisch, daß die französische Regierung im Gegentheil neulich sämmtliche Konsuln in Ostafrika anwies, die strengste Reserve gegenüber der italienischen Afrika-Politik zu beobachten.

Paris, 1. Februar. (Nat.-Ztg.) Die Panik, welche in den letzten Tagen und namentlich heute an der Pariser Börse geherrscht hat, könnte zu der Annahme verleiten, daß die öffentliche Meinung hier jetzt ernstlich von Kriegsbefürchtungen erfaßt worden ist. Das ist aber keineswegs der Fall, wenngleich natürlich das starke Fallen der Kourse der Renten und aller anderen Papiere zum großen Theile in Paris wie an den anderen Börsenplätzen durch die beunruhigenden Gerüchte über die Möglichkeit eines Konfliktes zwischen Deutschland und Frankreich erfolgt ist. Aber ich wiederhole, daß hier so zu sagen noch Niemand an die Kriegsgefahr glaubt, und daß sich noch immer alle Welt darin gefällt, der deutschen Oppositionspresse nachzubeten, daß alle beunruhigenden Gerüchte lediglich als Mittel zur Beeinflussung der Wähler verbreitet werden. In den leitenden Kreisen, d. h. unter den Mitgliedern der Kammern, unter den Journalisten, Politikern und Finanziers ist man zwar, wie ich bereits hervorgehoben habe, seit einiger Zeit zu der Erkenntniß gelangt, daß die Lage bedenklich geworden ist und daß man deshalb Alles vermeiden müsse, was die Entstehung einer „Frage“ zwischen den beiden Regierungen zur Folge haben könne. Aber man weigert sich bis jetzt durchaus, die Möglichkeit zuzulassen, daß die „question Boulanger“ etwas anderes als eine rein innere Frage sein könne, und man beharrt mehr als jemals darauf, daß die Angriffe der deutschen Presse gegen den französischen Kriegsminister die Wirkung haben müßten, selbst die Gegner des Generals Boulanger zu entwaffnen und dieselben zu zwingen, ihre Bemühungen zur Entfernung des zu einer so bedenklichen Machtstellung gelangten Kriegsministers einzustellen oder wenigstens zu vertagen. Der Artikel der gestrigen „Post“, worin ganz offen erklärt wird, daß mit Boulanger der Frieden gefährdet sei, wird sicherlich nicht dazu beitragen, diese Situation abzuändern, obgleich ich geneigt sein möchte, die telegraphisch mitgetheilte Erklärung des Herrn von Freycinet gegen die ihm von den radikalen Organen unterschobenen Aeußerungen „in Sachen“ Boulanger als ein Zeichen zu betrachten, daß man die Hoffnung noch nicht aufgeben darf, die „question Boulanger“ in befriedigender Weise gelöst zu sehen.

Die Rede des Staatssekretärs von Hofmann im Landesausschuß von Elsaß-Lothringen hat hier berechtigtes Aufsehen erregt und muß auch als „ein rechtes Wort zur rechten Zeit“ bezeichnet werden, das hier an seine Adresse gelangt ist. Was der erste Beamte der Reichslande über das gewissenlose, um nicht zu sagen verbrecherische Treiben des größten Theiles der elsässischen „Emigration“ gesagt hat, ist an dieser Stelle schon mehrfach von mir angedeutet worden. Ich möchte in diesem Augenblicke aus naheliegenden Gründen diese Hauptgefahr für die Fortdauer der guten Beziehungen zwischen den beiden Regierungen nicht näher beleuchten und will lieber damit warten, bis die Situation wieder weniger bedrohlich geworden ist. Daß der größte Theil der Verantwortlichkeit für die gegenwärtige gefährliche Lage der elsässischen Emigration gebührt, wird dieselbe schwerlich selbst ableugnen. Vielleicht wird die jetzige Krisis die gute Folge haben, daß auch diese Hetzereien wenigstens einigermaßen eingestellt werden.

Sofia, 25. Januar. (Voss. Ztg.) Gestern feierte man auf dem großen Platz vor dem bulgarischen Gymnasium in Sofia den Jahrestag des Todes zweier Brüder, zweier Macedonier, welche als Märtyrer für die bulgarische nationale Sache von den Pfaffen des griechischen Patriarchats im Gefängnisse vergiftet worden sind. Dreimal hatte die Türkei einen Firman erlassen, nach welchem die Brüder in Freiheit gesetzt werden sollten. Dreimal hat der Patriarch dies rückgängig zu machen gewußt. Als aber schließlich das Irade erfloß, daß die Gebrüder Konstantin und Dimitri Miladinow sofort ohne Rücksicht auf irgend welche Gegengründe in Freiheit zu setzen seien, fand man dieselben, noch ehe der türkische Beamte das Irade im Gefängniß vorzeigen konnte, dort beide todt vor. Sie waren vergiftet worden. Konstantin war der erste, welcher Ende der vierziger Jahre in Macedonien die altbulgarische Sprache zu lehren begann und sich dort den Haß der griechischen phanariotischen Priester zuzog. Seinen Bruder Dimitri schickte er auf seine Kosten nach Janina ans Gymnasium und später auf die Universität nach Athen. Mitte der fünfziger Jahre kam Dimitri zu seinem Bruder nach Ueskup in Albanien. Dort lasen sie zusammen die erste Geschichte Bulgariens, geschrieben von einem Mönch des Athosklosters, mit Namen Paissy. Die Lektüre entflammte die jungen Leute zu begeisterter nationaler Propaganda. Dimitri ging nach Moskau, um dort Studien zu machen. Es war in der Zeit, wo der Panslavismus in Moskau in voller Blüthe stand. Dort lernte er zwischen 1857—1861 auf der Universität den russischen Dichter Turgenjew kennen. Kaum ist er nach Hause zurückgekehrt, als er auch schon eine agitatorische Thätigkeit beginnt. Beide Brüder gehen nach Agram zum Bischof Stroßmayer, um ihn um Protektion eines patriotischen Unternehmens: Veröffentlichung einer Sammlung macedonischer Volkslieder, zu bitten. Merkwürdiger Weise war das Manuskript der Sammlung in griechischen Buchstaben geschrieben, weil die Brüder kein anderes Alphabet für die Schriftsprache kannten. Stroßmayer rieth ihnen, anstatt dessen das altslavische Alphabet für den Druck anzuwenden. Und so geschah es. Auf diese Weise ist die Sammlung der altslavischen Nationallieder erhalten geblieben und gelesen worden. Unter andern fügten sie auch einige selbstgedichtete Lieder hinzu, welche in glühender Sprache gegen die griechische Kirchenknechtschaft und auch einigermaßen gegen die politische Unterdrückung durch die Türkei eiferten. Dieserhalb ins Gefängniß geworfen, wurden die Brüder trotz der eifrigen Interventionen Stroßmayers und des russischen Botschafters in Konstantinopel, und trotzdem der Sultan drei Irade auf Freilassung gab, nicht befreit, sondern schließlich todt im Gefängniß aufgefunden. Das geschah im Jahre 1862 am 12. November. Gestern wurde das 25jährige Jubiläum dieses Märtyrertodes in ganz Bulgarien glänzend gefeiert. Der Vorsteher der

hiesigen Bibliothek und Vizepräsident der bulgarischen wissenschaftlichen Gesellschaft, der in Prag erzogene Wassili Stojanow, hatte die erste Anregung gegeben, diesen Tag festlich zu begehen. Die Regierung erfaßte die Idee mit Freuden als eine Gelegenheit, die nationalen Gefühle im Lande wachzurufen, und gab Befehl, daß der Tag in allen Unterrichtsanstalten des Landes gefeiert werde. Hier fand ein Gottesdienst statt, bei welchem der Metropolit Clement einige Redeblüthen, welche im Ganzen nicht das allgemeine Gebiet feierlicher Phrasen überschritten, entfaltete. Anders der erwähnte Stojanow. Seine Rede war eine begeisterte Apostrophe an den Slavismus und das Bulgarenthum. Man sandte an den Bischof Stroßmayer und an den Rektor der Moskauer Universität Depeschen, in welchen man der dankbaren Erinnerung Ausdruck gab für das, was jene oder die ihnen unterstehenden Korporationen für die Märtyrer der slavischen Sache gethan haben. Die Regierung hat 3000 Frks. gespendet zur Feier des Festes und zur Neuherausgabe der Sammlung der macedonischen Lieder, welche die beiden Brüder gemacht haben.

Gestern ist der bekannte Major Panitza, welcher während des Krieges die macedonischen und freiwilligen Bataillone geführt hat, an der Spitze von etwa 1000 Macedoniern mit Fahnen und Emblemen in der Richtung der serbisch bulgarischen Grenze, etwa 15 Kilometer vom Cincipaß im Balkan entfernt, ausgerückt, wo der Hauptsieg dieser Abtheilung im serbisch-bulgarischen Kriege stattgefunden hat, um dort ein Monument zur Erinnerung an die Thaten der Macedonier zu errichten. Sonntag wird die Grundsteinlegung dieses Denkmals stattfinden. In die Fundamente wird man die bulgarischen Orden und eine Geschichte der beiden Märtyrer Miladinow versenken.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Februar. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung brachte der Vorsitzende zunächst das von uns bereits mitgetheilte Abschiedsschreiben des kommandirenden Generals des 2. Armeekorps, Sr. Excellenz des Herrn Generals der Infanterie v. Dannenberg, zur Kenntniß der Versammlung. — In Betreff der in letzter Sitzung gemachten Vorschläge des Bureaus zur theilweisen Neubildung der städtischen Deputationen und Kommissionen sind aus der Versammlung einige Wünsche geltend gemacht worden, denen gewillfahrt wird und mit den dadurch entstandenen Aenderungen werden die vom Bureau vorgeschlagenen Herren durch Akklamation gewählt.

Der interessanteste Gegenstand der Tagesordnung war die Mittheilung des Berichts über die Einrichtung einer Klärstation für die Abwässer der Stettiner Kanalisation, über welche Herr Cohn referirte. Am 7. Juni v. J. wurde dem Magistrat von dem Herrn Regierungspräsidenten aufgegeben, für die Zukunft die Abwässer aus den Klosets nicht mehr durch die Kanäle in die Oder zu lassen, falls nicht in einer Zentral-Klärungs-Station dieselben gründlich gereinigt würden, ehe sie in die öffentlichen Gewässer gelassen würden. Gleichzeitig wurde dem Magistrat aufgegeben, innerhalb einer Frist von 6 Monaten für den am meisten bevölkerten Stadttheil am linken Oderufer den Plan einer solchen Klärstation einzureichen. Unterm 14. Oktober v. J. wurde die fernere Klosetanlage seitens der königlichen Polizei-Direktion untersagt und eine Milderung dieser Verordnung wurde nur dahin genehmigt, daß dieselbe nicht auf die in der Ausführung begriffenen Arbeiten ausgedehnt wurde. Nachdem Herr Oberbürgermeister Haken und Baurath Kruhl die in Halle und Essen eingerichteten Klärstationen persönlich in Augenschein genommen haben, hat letzterer einen sehr umfassenden Bericht ausgearbeitet, welcher im Wortlaute vom Referenten zur Verlesung gelangte. Es wird darin besonders darauf aufmerksam gemacht, welche großen Schwierigkeiten die Einrichtung einer Klärstation gerade für Stettin bietet. Es fehle zunächst an einem brauchbaren, der Stadt gehörigen Grundstücke für die Anlage und würde der Ankauf eines solchen die Kosten des Projektes um 200,000 M. erhöhen; als geeignetes Terrain sei das fiskalische Grundstück oberhalb des Steinhofes oder da Terrain an den Möllnwiesen in der Nähe des neu anzulegenden Schlachthauses anzusehen. Weiter müßte ein besonderer Fangkanal von der Oberwiek bis zum Steinhof angelegt werden und auch diese Anlage würde bei dem ungünstigen Bollwerkterrain sehr theuer kommen; weiter würden sich dadurch Schwierigkeiten ergeben, daß das Wasser zur Klärstation 3—4 Meter gehoben werden müßte. Die Anlagekosten eines solchen Projekts würden 1,200,000 M. betragen, die jährliche Ausgabe 1 M. und darüber pro Kopf der Bevölkerung. Bei der Anlage einer Klärstation kämen zwei Systeme in Betracht, das des Ingenieurs Rothe-Bernburg, bei welchem mit Tiefbrunnen, und das des Ingenieurs Müller-Schöneberg, bei welchem mit Hochbrunnen gearbeitet wird.

Der Magistrat steht noch heute auf seinem früheren Standpunkt, daß er die direkte Ueberführung der Klosetabwässer in die Oder in sanitärer Beziehung nicht für gefährlich hält und er schlägt deshalb vor, nochmals bei der zuständigen Behörde vorstellig zu werden, damit von der Anlage einer Klärstation für Stettin Abstand genommen werden könne. Da jedoch der Erfolg einer solchen Vorstellung selbst dem Magistrat sehr zweifelhaft erscheint, schlägt er weiter vor, von den Ingenieuren Rothe-Bernburg und Müller-Schöneberg Pläne einer Klärstation nach ihren betreffenden Systemen fertigen zu lassen und wird für die hierdurch entstehenden Kosten die Summe von 15,000 Mark gefordert. — Der Referent, Herr Cohn, schließt sich der Vorlage des Magistrats an und bittet im Namen der Finanz-Kommission, dieselbe zu genehmigen und die verlangte Summe zu bewilligen.

Herr Dr. Scharlau legt, nachdem Herr Cohn sein Referat beendet, den Vorsitz in die Hände des stellvertretenden Vorsitzenden, und sucht nun in seiner Eigenschaft als Arzt in längerer Rede nachzuweisen, daß die von der Regierung vertretene Ansicht falsch; daß durch die direkte Einführung der Klosetwässer in die offenen Gewässer in keiner Weise eine Flußvergiftung entstehen könne, dies sei nur ein Schreckgespenst. Es sei bisher in keiner Weise durch die direkte Einführung in die Gewässer ein sanitärer Schaden nachgewiesen worden, ebenso wenig sei bisher erwiesen, daß in irgend einer Stadt, in welcher die Klosetwässer direkt in die Flüsse geleitet seien, sich die epidemischen Krankheiten vermehrt hätten. Es sei vielmehr festgestellt, daß die Epidemien in den Städten, in welchen sich Wasserleitung befindet weit weniger auftreten als in früheren Jahren, selbst wenn die Klosetwässer in die Flüsse geleite, würden. Der Redner beantragt schließlich, den Magistrat zu ersuchen, bevor er die Pläne zu der Klärstation ausarbeiten lasse, mit dem Reichs-Gesundheits-Amt in Verbindung zu treten, damit von diesem eine gründliche Untersuchung des Wassers der Oder ober-, inner- und unterhalb von Stettin vorgenommen werde. Ergebe sich, daß das Wasser, nachdem es Stettin passirt, keine Krankheits-Organismen enthalte, so sei eine Klärung des Wassers überhaupt nicht nöthig, ergeben sich dagegen solche Krankheits-Organismen, so reiche eine bloße Klärung nicht aus, sondern es müsse auf eine vollständige Desinfektion Bedacht genommen werden.

Herr Graßmann stimmt dem Dr. Scharlau'schen Antrage vollständig bei und bittet, die für den Entwurf der Pläne geforderte Summe nicht zu bewilligen, bevor die in dem Antrage angedeutete Untersuchung des Wassers vorgenommen sei. Er halte das Klärsystem für völlig unpraktisch, da bei der Einrichtung einer Klärstation die Klosetstoffe auch fernerhin in den Kanälen durch die Straßen geführt werden müßten und bei der Undichtheit dieser Kanäle eine Menge unauflöslicher Stoffe in die Erde dringen, welche früher oder später einen pestialischen Gestank verbreiten, und die Gesundheit der Bewohner dadurch schädigen. Dazu komme, daß die Kanal-Anlagen in unserer Stadt oft in ganz unverzeihlicher, leichtsinniger Weise angelegt werden. Es mache sich in der ersten Zeit mit den Kloset- und Kanal-Anlagen sehr gut, aber nach wenigen Jahren sei die Reinlichkeit vorbei und der Gestank wird permanent. Ein besseres System sei das Röhren-Abfuhr-System, welches von dem Redner eingehend geschildert wird. Redner weist schließlich noch auf die schwierige Finanzlage der Stadt hin und bittet auf dieselbe in erster Reihe Rücksicht zu nehmen und nicht Anlagen herzustellen, welche der Stadt nicht zum Vortheil, sondern nur zum Schaden gereichen könnten.

Herr Kruhl bittet die Vorlage des Magistrats unverändert anzunehmen; er glaubt nicht, daß der von Herrn Dr. Scharlau gestellte Antrag durchführbar sei, denn solle die Hülfe des Reichs-Gesundheits-Amtes in Anspruch genommen werden, so könne dies nur durch Vermittelung der Behörde geschehen und es müsse immer wieder die Vermittelung des Herrn Regierungs-Präsidenten geschehen. Dieser habe aber gerade gefordert, es solle eine Klärstation eingerichtet werden, er werde also kaum die Hand reichen, um die von ihm erlassene Verordnung wieder aufzuheben.

Auch Herr Ober-Bürgermeister Haken tritt in längerer Rede für die Magistrats-Vorlage ein.

Herr Graßmann erinnert daran, daß vor 10 Jahren bereits die Grundstücks-Besitzer der Neustadt auf eigene Kosten eine pneumatische Reinigung der Kloset-Anlagen und Dunggruben hätten herstellen wollen, damals habe der Magistrat diesen Versuch jedoch entschieden abgelehnt. Heute wolle man gleichfalls nur einen Versuch machen, dessen Vorbereitung dem Stadtsäckel jedoch 15,000 Mark kosten soll, und heute sei es der Magistrat selbst, welcher den Vorschlag dazu mache. Warum habe sich derselbe früher so ablehnend gegen einen Versuch gezeigt, welcher der Stadt nicht einen Pfennig kosten sollte?

Nachdem noch Herr Dr. Sauerhering den Versuch gemacht hat, die Ausführungen des Herrn Graßmann zu widerlegen, wird ein Schlußantrag angenommen.

Herr Dr. Scharlau erklärt, daß er seinen Antrag zurückziehe, da es ihm genüge, daß er seine Ansichten hier entwickelt und dieselben vom Magistrat bei den weiteren Arbeiten beachtet würden.

Bei der Abstimmung wird die Magistrats-Vorlage angenommen und die 15,000 Mark bewilligt, gleichfalls wird ein Antrag der Finanz-Kommission angenommen, den Magistrat zu ersuchen, Schritte zu thun, daß die Anlage einer Klärstation überhaupt nicht zur Ausführung gelangen brauche.

Ueber die in dem Quartale Oktober-Dezember 1886 nachbewilligten Beträge wird Mittheilung gemacht, darnach sind im Ordinarium 32,703 Mk. 32 Pf. nachbewilligt, dazu die Nachbewilligungen im 1. und 2. Quartal 1886 mit 48,740 Mk. 50 Pf., ergiebt zusammen 81,443 Mark 82 Pf. An Deckungsmitteln sind noch 93,057 Mk. 26 Pf. vorhanden, so daß für die Nachbewilligungen für das Quartal Januar-März 1887 noch 11,613 Mark 44 Pf. disponibel bleiben. Im Extra-Ordinarium betrugen die Nachbewilligungen im Quartal Oktober-Dezember 1886 28,787 Mark, hierzu die Nachbewilligungen in den Vor-Quartalen mit 319,547 Mark 26 Pf., giebt als Gesammtsumme 348,334 Mk. 26 Pf. — Für den Verein zur Beschaffung von Brennmaterial für die Armen wurde bisher eine jährliche Subvention von 1600 Mk. bewilligt; nachdem in der letzten Sitzung die Armendirektion die Verwaltung des genannten Vereins übernommen, hat sich der Zentral-Verband der Vereinsarmenpflege an den Magistrat mit dem Ersuchen gewendet, für die Folge diese Subvention dem Verband zu bewilligen, indem ausgeführt wurde, daß durch das Eingehen des bisherigen Vereins zur Beschaffung des Brennmaterial der Verband wesentlich belastet werden dürfte. Der Magistrat hat sich auch der Bitte geneigt gezeigt und empfiehlt, die Summe von 1600 Mark jährlich dem Verbande auf drei Jahre zu bewilligen und beschließt die Versammlung demgemäß.

Im Jahre 1869 wurde ein Verein der Gemeindevorstände norddeutscher Festungen begründet und welchem sich auch die Stadtgemeinde Stettin anschloß, doch der Verein bestand nur kurze Zeit und es wurde Nichts wieder von ihm gehört. Erst als kürzlich der Bürgermeister von Stralsund, Dr. Franke, verstorben war, fand sich in dessen Nachlaß eine Summe von 605,7 Mk., welche nach vorgefundenen Papieren dem früheren Verein zustanden. Auf jede einzelne Gemeinde kommt jedoch ein so geringer Betrag davon, daß der Vorschlag gemacht wurde, die ganze Summe für das „Prinz-Friedrich-Karl-National-Denkmal" abzugeben. Dem Vorschlage des Magistrats gemäß erklärt sich die Versammlung damit einverstanden, den Anspruch der Stadt Stettin zu der Masse für den obigen nationalen Zweck abzutreten.

Die Stadt Pölitz hatte gegen die Stadtgemeinde Stettin einen Prozeß wegen Rückerstattung gezahlter Holzschlage- und Dienstgelder angestrengt, das Erkenntniß in diesem Prozeß ist für die Stadt ungünstig ausgefallen und sind noch an die Stadt Pölitz 16,320 Mk. zu zahlen, welche von der Versammlung bewilligt werden.

Zum Mitgliede der Pferdemusterungs-Kommission wird Herr Gutsbesitzer Lorentz, Inhaber der Stettiner Sanitäts-Molkerei, und zum Mitgliede der Pferde-Aushebungs-Kommission Herr Fuhrherr Julius Schütz gewählt.

Für den Neubau der Pladrinbrücke werden 1998 Mk. 17 Pf. nachbewilligt.

Dem Erlaß von 677 Mk. 74 Pf. Verzugszinsen des der Stadt von Herrn Baumeister Fromholz vermachten Legats von 280,000 Mk. zur Errichtung eines „Oskar-Stifts" wird zugestimmt.

Zur Vermiethung der Böden in den drei Sellhäusern auf 3 Jahre vom 1. April d. J. ab für zusammen 5115 Mk. Jahresmiethe wird der Zuschlag ertheilt.

Die übrigen Gegenstände waren ohne besonderes Interesse und wurden den Vorlagen gemäß erledigt.

Stettin, 4. Februar. Mißhandlungen der Ehefrau durch den Ehemann können nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Zivilsenats, vom 22. November v. J., der Frau ein Recht zur Trennung von dem Manne und zu dem Verlangen geben, daß der Mann seiner gesetzlichen Verpflichtung, sie zu unterhalten, auch außer dem Hause genüge. Ferner hat das Reichsgericht durch dasselbe Urtheil ausgesprochen, daß eine von ihrem Gatten getrennt lebende Frau nur verpflichtet ist, zu dem Manne zurückzukehren, wenn dieser eine eigene Wohnung hat, dagegen ist sie nicht verpflichtet, dem Manne in eine fremde Wohnung, in welcher er sich in Schlafstelle befindet, zu folgen.

— Landgericht. Strafkammer 1. — Sitzung vom 3. Februar. — Der Goldarbeiter Friedr. Wilh. Bauer hat die üble Angewohnheit, daß er seine Arbeitgeber stets in der Weise benachtheiligt, daß er die Goldvorräthe derselben in diebischer Weise erleichtert. Er hat deshalb bereits mehrfache Vorstrafen erlitten, ohne daß hierdurch jedoch eine Aenderung eingetreten wäre, denn heute hatte sich Bauer bereits wieder wegen ähnlicher Diebstähle zu verantworten. Im Sommer v. J. erhielt er bei Herrn Goldarbeiter Bauer hierselbst Beschäftigung und eignete sich Goldabfälle im Werthe von 20 Mark an, sodann arbeitete er im September in Kolberg und entwendete dort seinem Arbeitgeber Gold- und Silbersachen und unterschlug außerdem zwei goldene Trauringe, welche ihm zur Reparatur anvertraut waren. Mit Rücksicht auf seine vielen Vorstrafen wurde gegen Bauer auf 1 Jahr Gefängniß und 2 Jahre Ehrverlust erkannt.

Die Abzahlungsgeschäfte werden vielfach von Schwindlern ausgebeutet, wie schon mehrfache Verhandlungen vor den Gerichten bewiesen haben. Auch heute war die unter Sittenkontrolle stehende Emma Martha Schmelzer wegen einer solchen Schwindelei angeklagt, welche sie in Gemeinschaft mit ihrem „Bräutigam", dem früheren Eisenbahn-Beamten Fr. Wilh. Dütschke, ausgeführt hat. Beide kamen in ein hiesiges Abzahlungsgeschäft und entnahmen dort für D. einen Anzug für 60 Mark, worauf sie 10 Mark anzahlten. Zur Sicherheit des Geschäftsinhabers übergaben sie demselben einen von der Wirthin der Sch., einer Frau Büttner, unterzeichneten Bürgschaftsschein. Die festgesetzten Abschlagszahlungen blieben aus und es ergab sich, daß der Name unter dem Bürgschaftsschein nicht von Frau Büttner geschrieben, sondern gefälscht war. Gegen das Pärchen wurde nun Anklage erhoben und stellte sich durch die heutige Beweisaufnahme heraus, daß die Fälschung von der Schmelzer ausgeführt war. Diese wurde deshalb zu 4 Monaten Gefängniß verurtheilt, während ihr Genosse Dütschke wegen Betruges nur eine Strafe von 2 Monaten Gefängniß erhielt.

Aus den Provinzen.

Vermischtes aus Pommern. — Stargard, 3. Februar. Der in weiteren Kreisen bekannte hiesige Güterexpeditions-Vorsteher a. D. Heintze wurde gestern von seinen Angehörigen vermißt, als er nicht zur gewöhnlichen Zeit von seinem Ausgange heimkehrte. Man stellte Recherchen an und schließlich fand man die Leiche desselben auf der Klempiner Feldmark, wo er an einem Schlagflusse verstorben war.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Benefiz für den Regisseur Herrn Wischhusen. „Das neue Gebot." Schauspiel in 4 Akten.

Sonnabend. Stadttheater: Volksthümliche Vorstellung zu ermäßigten Preisen. „Die Hochzeit des Figaro."

Im Palais des Kronprinzen findet demnächst eine sehr interessante Theater-Vorstellung statt, welche von den Prinzessinnen und einigen Mitgliedern der Hofgesellschaft aufgeführt werden wird. Es sollen einzelne Stücke aus dem unverwüstlichen Mikado gegeben werden. Es herrscht bereits ein sehr angeregtes Treiben in den betreffenden Kreisen, denn die Gesangsproben haben schon begonnen. Das Kroll'sche Orchester wird dabei mitwirken. Für die Dilettantenbühne werden eigens Dekorationen gemalt. In den hohen und höchsten Kreisen der Gesellschaft sieht man dem Mikado-Abend im kronprinzlichen Hause mit großer Spannung entgegen.

Vermischte Nachrichten.

— (Aus der Instruktionsstunde.) Unteroffizier: „Stangl, was hat er zu thun, wenn Er im Bierhause mit einem Zivilisten Streit bekommt?" — Infanterist Stangl: „Dann gebe ich ihm Eine mit der Plempe." — Unteroffizier: „Nein, Stangl, dann trinkt Er sein Bier aus und geht nach Hause." (In der folgenden Stunde.) Unteroffizier: „Nun, Stangl, was hat Er zu thun, wenn Er im Bierhause mit einem Zivilisten Streit bekommt?" — Stangl: „Dann trink ich sein Bier aus und gehe nach Hause."

— (Begründet.) A.: „Heute waren Sie schon wieder im Ballet?" — B.: „Ja, die Solotänzerin tanzt doch zu gottvoll!" — A.: „Aber sie ist ja so mager." — B.: „Darum kann ich mich an ihr auch nicht satt sehen!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 3. Februar. Das Zentrum stellt für Köln (Stadt) Dr. Braubach als Reichstags-Kandidaten auf.

Wien, 3. Februar. Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Franz Smolka, soll wegen andauernder Kränklichkeit zurückzutreten beabsichtigen.

Rom, 3. Februar. Der „Riforma" zufolge wurde der Expedition Salim Beni von Ras Alulah eine Falle gelegt. Er empfing die Expedition freundlich; jedoch noch bevor der italienischen Regierung die Nachricht von dem Kampfe bei Sahiti zuging, erhielt dieselbe die Meldung, daß die Expedition gefangen genommen und Salim Beni als Geisel von Ras Alulah zurückgehalten wurde.

Aus Anlaß der aus Afrika eingelaufenen Nachrichten fand gestern Abend vor der Kammer eine Demonstration statt, doch wurden die Demonstranten, ohne daß irgend welche Unordnung vorkam, zerstreut.

Paris, 3. Februar. Im heutigen Ministerrathe soll versucht werden, eine Einigung der Mitglieder des Kabinets in Bezug auf die Getreidezollvorlage zu erzielen. Daher rühren auch die Gerüchte einer bevorstehenden Ministerkrisis.

Paris, 3. Februar. Der „Republique Francaise" ist aus Suez eine Depesche zugegangen, welche Näheres über die Niederlage der Italiener bei Massovah bringt. Darnach sind von 480 Ansiedlern nur 50 am Leben geblieben. Sämmtliche Kanonen wurden genommen. Die Italiener räumten darauf alle Außenpositionen. Die Abessynier griffen Massovah am 27. Januar an und erstürmten die ersten Verschanzungen.

London, 3. Februar. Die „Morningpost" läßt sich aus Wien vom 2. d. melden, der russische Botschafter habe sich gestern einem Kollegen gegenüber dahin geäußert, keine von Deutschland Rußland anzubietende Kompensation im Orient werde den Kaiser von Rußland veranlassen, neutral zu bleiben, falls Frankreich eine völlige Niederlage erleiden sollte.

Madrid, 3. Februar. Auf dem gestern in Lissabon von Para (Brasilien) eingetroffenen Dampfer „Canfrano" waren 5 Fälle von gelbem Fieber, darunter 3 mit tödtlichem Ausgang, vorgekommen.